



Presseinformation

Nr. 573/2011

Kiel, Mittwoch, 16. November 2011

Bildung / Gastschüler

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Cornelia Conrad: Wie immer keine Vorschläge der Opposition für eine Gegenfinanzierung

In ihrer Rede zu **TOP 12** (Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes) sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Cornelia Conrad**:

„Ich möchte daran erinnern, dass die Einführung der Erstattungspflicht der Kommunen für Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg beschult werden, unter Gleichbehandlungs- und Gegenfinanzierungsaspekten zwischen allen Fraktionen unstrittig war.“ In der entsprechenden Bildungsausschusssitzung sei von der Opposition auch keine Forderung erhoben worden, einen Ausgleich für die Gemeinden herbeizuführen, die Hamburger Schülerinnen und Schüler beschulen.

„Die Vorwürfe, die Regierung würde die Kommunen hängen lassen, kann ich nicht gelten lassen. Schwarz-Gelb hat sich hier nichts vorzuwerfen. Die Koalition wird ein Kommunalpaket auf den Weg bringen, welches die finanzschwachen Kommunen mit insgesamt 95 Millionen Euro unterstützt.“ Weiterhin übernehme der Bund stufenweise komplett die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dies bedeute allein bis 2015 eine Entlastung der schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte um rund 500 Millionen Euro.

„FDP und CDU kommen ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunen nach. Gleichwohl wird innerhalb meiner Fraktion seit einiger Zeit diskutiert, wie wir das Problem für die betroffenen Kommunen lösen können. In der Sache sind wir überzeugt davon, dass eine Verrechnung stattfinden sollte. Leider können wir uns das nicht so einfach machen wie die Opposition, denn wir stehen in der Verantwortung.“ Es stelle sich die Frage, woher die fast 400.000 Euro kommen sollten. Diese müssten durch Umschichtung im Landeshaushalt erbracht werden. Jegliche weitere Einsparungen im Bildungsbereich schließe die FDP-Fraktion aus. Das Problem solle im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden, fordert Conrad abschließend.